

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 51
35. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
17. Dezember 1927

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kötter, Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Elm-Röhren-Dorf 2
Telefon: 1111, Jankowitz 6246.

Geschäftsanzeigen kosten die sechsgeheilene Millimeterzeile oder deren Raum 1,20 Mark. / Arbeitervermittlungen 50 Pfennig. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Die Rebellion der Schlotbarone.

Der Brief, durch den der stellvertretende Vorsitzende des Stahltrustes, Ernst Poensgen, am 2. Dezember den Reichsarbeitsminister davon in Kenntnis setzte, daß der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beschlossen habe, am 1. Januar die Betriebe stillzulegen, ist eine Kampfansage. Nicht nur an die Arbeiter und an den Reichsarbeitsminister, die Schwerindustrie wirft dem Reich den Fehdehandschuh hin. Die Industriekapitäne erheben den Anspruch, ihre Diktatur in Deutschland aufzurichten. Sie wollen über den Gesetzen stehen. Entweder die Gesetzgebung richtet sich nach ihren Wünschen, oder sie sprengen die deutsche Wirtschaft in die Luft.

Sie selbst haben bei einer solchen Katastrophe nichts zu fürchten. Einmal gibt ihnen die internationale Verflechtung der Unternehmungen eine Gewähr, daß ihre Profite durch einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Zum anderen ist bei ihnen die Erinnerung an den Ruhrkampf noch sehr lebendig. Deutschland ist damals nur eben am Rande des Ruins vorbeigekommen. Das ganze deutsche Volk hat furchtbar gelitten, am schwersten die Arbeiter. Die Industriellen in Rheinland-Westfalen sind aber durch die ihnen geschehene 700 Millionen Mark glänzend entschädigt worden für die Verluste und die Schäden, die andere erlitten haben. Als sie am Schluß die Bilanz zogen, da hatte ihnen der Ruhrkampf noch einen erklecklichen Gewinn gebracht.

Es handelt sich jetzt um die Durchführung der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli 1927. Diese auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung erlassene Verordnung ist vorher sehr eingehend im Reichswirtschaftsrat durchberaten und dort einstimmig, also auch mit den Stimmen der Unternehmer, gutgeheißen worden. Die Verordnung will in den Stahl- und Walzwerken an Stelle der bisherigen 12stündigen Arbeitszeit die Achtstundenschicht einführen. Das ist nichts Ungeheuerliches. Schon im Jahre 1907, also lange vor dem Kriege, hat der Reichstag in einem Beschluß den Achtstundentag für die Schwerarbeiter gefordert. Damals war in der englischen Schwereisenindustrie der Dreischichtenbetrieb, also der Achtstundentag, schon einige Jahre eingeführt. Daß diese Arbeitszeit in Deutschland durchgeführt werden muß und wird, wußten die Industriellen schon lange, aber sie wollen den Zeitpunkt für diese Maßnahme so weit wie möglich hinausschieben, am liebsten auf den St. Nimmerleinstag.

Die Verordnung vom 16. Juli 1927 jagt: „Die für das Inkrafttreten der Verordnung erforderlichen Vorbereitungsarbeiten sind bis zum 1. Januar 1928 vorzunehmen. Mit diesem Zeitpunkt tritt die Verordnung in Kraft.“ Statt aber die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, bestürmten die Unternehmer das Reichsarbeitsministerium mit Eingaben, in welchen sie sich bereit erklärten, die notwendigen Betriebsumstellungen und Neubauten auf drei Bauperioden von unbestimmter Dauer zu verteilen. Sie beschränkten sich aber nicht auf Eingaben, sondern sie redeten zugleich im vertrauten Kreise eine sehr deutliche Sprache. In dem bekanntgewordenen Rundschreiben der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, wurden die Unternehmer aufgefordert, zur Schaffung eines Streikfonds vom August 1927 an monatlich 5 Mk. pro Arbeitnehmer abzuführen. In diesem Rundschreiben wird sehr kräftig gegen den Reichsarbeitsminister vom Leder gezogen. „Der Vorstand der nordwestlichen Gruppe habe beschlossen, dem Reichsarbeitsminister bei der ersten Gelegenheit endlich einmal die Stirn zu bieten und einen möglicherweise daraus entstehenden Kampfpreislosur mit allen Mitteln durchzuführen. Aller Voraussicht werde es also zu einem Kampf Ende dieses bzw. Anfang

des kommenden Jahres anlässlich der Verkürzung der Arbeitszeit für die Schwerindustrie kommen.“

Die Scharfmacher haben also schon seit längerer Zeit für diesen Kampf gerüstet. Es handelt sich für sie in erster Linie um einen Kampf gegen die Sozialpolitik. Die gewiß von jedem Radikalismus freie Sozialpolitik des Reichsarbeitsministers Brauns hat es ihnen angetan. Natürlich ist es nicht die Person des Ministers, ihnen geht es um die Sozialpolitik überhaupt. Erinnerungen an vergangene Zeiten werden wach. So an den berüchtigten Brief des Oberscharfmachers Bueck vom 7. Juli 1896, worin es heißt: „Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch kleinbekommen haben, hat mich mit Befriedigung erfüllt.“ Jene Bueck und Konforten sind das Ideal der heutigen Industriellen. Sie gehen aber weiter als ihre Vorbilder. Während jene sich mit der auf Hintertreppen erreichten Ministerstürzeret begnügten, lehnen sich ihre Nachfahren offen gegen das Gesetz auf. Die erwähnte Verordnung hat Gesetzeskraft, und jeder Bürger ist verpflichtet, sich den Gesetzen zu fügen. Die Poensgen und Boegler, die Thyssen, Kirdorf, Siemens und Genossen pfeifen aber auf das Gesetz. Wie einst der Sonnenkönig Ludwig XIV., so sagen auch sie: „Der Staat bin ich!“ Sie fühlen sich stark genug, dem Reich ihren Willen aufzuzwingen und zu verlangen, daß die Gesetzgebung nach ihrem Diktat geändert werde. Das ist eine Auflehnung gegen die Staatsgewalt, wenn sie sich auch des gesetzlichen Mittels der Betriebsstilllegung bedient.

Nach Kriegsende wurde in der Hütten- und Walzwerksindustrie allgemein der Achtstundentag eingeführt. Erst nach Beendigung des Ruhrkampfes wurde unter eifriger Mitwirkung des Reichsarbeitsministers ein Abkommen zwischen den Unternehmern und den beteiligten Gewerkschaften getroffen, durch welches die Arbeitszeit vorübergehend verlängert wurde. Auch das ist ein Moment, das für die Wiedereinführung des Achtstundentages spricht. Die Löhne in der Hütten- und Walzwerksindustrie sind durch Tarifvertrag bis Ende des Jahres 1927 geregelt. Dieser Tarifvertrag ist gekündigt, und die Arbeiter fordern neben dem durch die Arbeitszeitverkürzung bedingten Lohnausgleich eine weitere Lohnerhöhung. Die darüber geführten Verhandlungen sind aber für die Unternehmer Spiegelbilderei. Auch wenn unter Mitwirkung des Schlichters ein neuer Vertrag zustande kommt, wird er doch durch die Betriebschließung illusorisch.

Daß es die Unternehmer damit ernst meinen, zeigt die bereits durchgeführte Drosselung der Erzeinfuhr, die mit Beginn der Aussperrung ganz eingestellt wird. Von der Aussperrung sollen direkt etwa 200 000 bis 300 000 Arbeiter betroffen werden. Die Auswirkung der Maßnahme geht aber viel weiter. Sie bringt die weiterverarbeitende Industrie zum Erliegen und muß notwendigerweise die verderblichsten Folgen für die gesamte deutsche Volkswirtschaft hervorrufen. Die rheinisch-westfälischen Industriekapitäne wollen zeigen, daß sie die Herren in Deutschland sind. Und sie hätten ein Recht, sich als die Diktatoren zu fühlen — wenn sich das deutsche Volk diesen Gewaltstreich gefallen läßt.

Das Reichsgericht, das in allen Lappalien Landesverrat sieht, hat in dem vom Justizrat Claf vorbereiteten Hochverrat kein strafwürdiges Vergehen erblickt und den Herrn außer Verfolgung gesetzt. Die Fäden seiner auf den Umsturz der Reichsverfassung gerichteten Verschwörung reichten auch in das Industriegebiet. Aus den von der Polizei beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß der Plan dahin ging, die Arbeiter durch Massenentlassungen zu provozieren. Man rechnete mit der Dummheit der Kommunisten, die in die gelegte Falle gehen und

Putsch organisieren würden. Das wäre das Signal für die Reaktion. Nach der Auflösung des Reichstages würde diese den großen putschistischen Gegenstoß unternehmen und die rechtsradikale Diktatur aufrichten. Das Reichsgericht hat diesem Plan keine Bedeutung beigemessen; es hat den Justizrat Claf außer Verfolgung gesetzt und ihm und seinen Freunden damit einen Freibrief zur Weiterverfolgung ihrer Pläne ausgestellt. Die Massenausperrung zu einer Zeit, da der Reichstag sterbenskrank ist und sein natürliches Ende schwerlich erreichen wird, erweckt den Anschein, als ob es sich um den ersten Akt zur Durchführung des Planes handelt. Die Arbeiterchaft wird aber die Besonnenheit bewahren und der Reaktion nicht den gesuchten Vorwand zum Losschlagen geben.

Aber sie wird immer lauter die Frage stellen, ob es noch länger tragbar ist, daß eine Handvoll Industrieller sich anmaßt, die Geschicke Deutschlands zu lenken und die gesamte Wirtschaft Deutschlands ihren privaten Profitinteressen dienstbar zu machen. In ihrem Übermut legen sie die Hand an die Gurgel des Staates, und das ganze Volk fühlt den Druck ihrer Faust. Der Artikel 153 der Reichsverfassung sagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste.“ Das Vorgehen der Schwerindustriellen ist ein Hohn auf diesen Satz der Verfassung. Sie machen von ihrem Eigentum einen gemeinschädlichen Gebrauch, und das kann und muß ihnen unterbunden werden. Die Schwerindustrie ist im Privatbesitz eine Gefahr für die Volkswirtschaft. Die Rebellion der Schlotbarone weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, diese Gefahrenquelle zu verstopfen durch Überführung der Werke in den Gemeinbesitz. Das Spiel mit dem Feuer wird in den weitesten Kreisen, nicht nur der Arbeiterchaft, das Verständnis dafür wecken, daß es Zeit ist, die Schwerindustrie in den Besitz des ganzen Volkes zu überführen. Wenn es den Scharfmachern darum zu tun war, der Propaganda für den Sozialismus einen starken Auftrieb zu geben, dann hätten sie es nicht besser machen können als durch ihre Aktion.

Das soziale Moment im Bauen.

Von Stadtbaurat Ernst Man (Frankfurt a. M.).

I.

Seit Jahrzehnten hat die Baukunst die Gemüter der Menschheit nicht mehr so stark bewegt wie in unseren Tagen. Die Wohnungsnot, das furchtbare Erbe des Weltkrieges, zwang Millionen zum Nachdenken über den Begriff „schützendes Heim“. Die Not zündete in den Herzen derer, die in Mansarden und Kellern auf das elendste zusammengedrängt wohnten, die brennende Sehnsucht nach einer ruhigen Behausung, in der sich Leib und Seele vom Kampf des Alltags erholen konnten. Aber auch die Schichten der Völker, die zwar der Wohnung nicht ermangelten, aber gezwungen wurden, von ihrem Überfluß abzugeben, begannen darüber nachzudenken, was das bedeutet, ein Mensch, eine Familie ohne Wohnung.

Und endlich drang der Lärm des Kampfes, der um die Beseitigung der Wohnungsnot geführt wurde, auch in die weiten Schichten derer, die zwischen Elend und Reichtum ihr eigenes Wohnbedürfnis in angemessenem Maße befriedigt sahen, aber sich, nur auf das eigene Wohl bedacht, nicht beteiligt fühlten. So wurde aus dem Wohnungsbau eine Volksangelegenheit, eines der wesentlichsten Probleme im großen Ringen unserer Zeit. Der Wohnungsbau wurde zur Flamme, an der sich die Kämpfe um das neue Bauen in der Welt entzündeten.

Um das neue Bauen? Was haben wir darunter zu verstehen? Etwa die Verkleidung Jahrhunderte alter Bauprogramme mit einem neuen Mäntelchen? Die Masse glaubt das. Ihr ist der Architekt ein geschickter Schneider, der, nachdem der alte Anzug schäbig wurde, nachdem man sich den Schnitt im Laufe der Jahre übergehen hatte, nun für den alten Körper das neue Kleid nach neuester Mode fertigte. Uns bedeutet neues Bauen anderes. Wir, die wir den großen Krieg erlebten, das furchtbare Massenmorden, das die Menschen zu Seldem und Bestien machte, wir wissen,

daß aus Blut und Rauch ein neues Geschlecht erstehen muß, sollen die Opfer nicht umsonst gefallen sein. Für uns hat neues Bauen den neuen Menschen zur Voraussetzung, den Menschen, der entschlossen ist, das Alte, Erstarrte hinter sich zu lassen, der mutig und hoffnungsfroh der jungen Schöpferkraft vertraut, der aus neuer Weltbetrachtung die neue Bauaufgabe gestaltet und wiederum solche neue Gestaltung in neue Formen glebt.

Die Architekten in der Welt, die sich solche Erkenntnis erleben, eint gleiche Gesinnung. Sie erblicken in der Berufsbildung nicht mehr allein oder in erster Linie das Geschäft, sondern sie treibt mit sieghafter Kraft eine Ethik voran, die glühende Sehnsucht nach Wahrhaftigkeit auf den Schilb erhob. Sie streben danach, jede Bauaufgabe so zu erfassen, als gälte es, sie unbelastet durch Tradition, gleichsam zum ersten Male, zu lösen. Alle dekorativen Erwägungen werden zurückgestellt, man scheut sich nicht, bewußt nüchtern zu werden, wenn diese Nüchternheit die Klarheit bringt. Diese Architekten des neuen Bauens wollen aber auch mehr sein als nur praktische und ästhetische Gestalter, sie wollen eingreifen in das Schicksal der Menschheit. Sie wollen ihre Mitmenschen an der Wärme ihrer heiligen Leidenschaft teilnehmen lassen, sie wollen die Not der Welt lindern helfen.

Die Architekten des neuen Bauens eint über die Grenzen der Länder hinaus ein warm empfindendes Herz für alle Menschen in der Not, sie sind ohne soziales Empfinden nicht denkbar, ja man kann geradezu sagen, daß diese Schar die sozialen Momente bewußt in den Vordergrund des neuen Bauens stellt. Sie lehnen den Städteimperialismus ab, die Großmansucht, die mit Maschinenentwicklungen und Rekorddimensionen prunken will. Sie glauben mit dem englischen Städtebauer Unwin, daß nicht die Bevölkerungszahl einer Stadt von Bedeutung sei, sondern allein das Lebensniveau, das sie allen ihren Bürgern zu bieten vermag. Sie betonen hierbei besonders allen, denn sie fühlen, daß ein Siedlungszentrum, gleich welcher Art, das nur einer Elite von Reichen befriedigende Lebensbedingungen gewährt, keine Daseinsberechtigung hat. Sie kämpfen dafür, daß auch der Kerne der Armen in seinem Los verbessert werde.

Der Weltkrieg riß menschlicher Kultur die Mäste herunter. Wer sehen wollte, der erkannte urplötzlich, daß in der Heimat, mitten im tiefsten Frieden, täglich Dinge vor sich gingen, kaum weniger brutal als das Schlachten im Felde. Sie begannen nachzudenken über das Los der Millionen, die in den Steinmeeren der Groß- und Riesenstädte dahinsiechten. Sie sahen vor ihrem geistigen Auge jenes Heer von Kindern, das in diesen Höhlen menschlicher Gesundheit auf zementierten Höfen, zwischen Laster und Verbrechen eine elende Jugend erlebte. Sie erkannten, daß die durch solch trostloses Elend herausbeschworene Tuberkulose, die erhöhte Säuglingssterblichkeit und andere Anzeichen der Entartung berechnetes Zeugnis ablegten von einem Krieg im Frieden, der zwar nicht mit Kanonengebrüll dahinstobte, aber unaufhaltsam, in eisiger Ruhe, mit schleichender Gewalt Scharen Unglücklicher in Not und Tod stieß. Sie erkannten, was es heißt, um nur eine Zahl zu geben, wenn in Berlin im Jahre 1905 noch 24 000 Wohnungen vorhanden waren, in denen sechs und mehr Personen in nur einem heizbaren Zimmer untergebracht waren. Sie verstanden, daß solche Menschen zu Häusern einer Gesellschaftsordnung werden mußten, die ihnen nicht einmal das neben Kleidung und Nahrung wichtigste materielle Bedürfnis, die Wohnung, in menschenwürdigem Ausmaß gönnte. Wenn sie in der Presse lesen, daß wieder irgendwo in der Großstadt ein Mensch sich an einem Mitmenschen verging und mit schweren Zuchthausstrafen belegt wurde, so entsinnen sie sich jener Statistiken deutscher Zuchthäuser, die schlagend den Zusammenhang zwischen Größe der Jugendwahnung des Verbrechens und Verbrechen beweisen und anstatt solche Menschen zu verachten und auszustoßen, fragen sie sich, hätten wir, unter gleichen Verhältnissen aufgewachsen, nicht daselbe getan? (Fortsetzung folgt.)

Die Belastung der deutschen Volkswirtschaft durch den Staatshaushalt.

Das Schreiben des Reparationsagenten hat von neuem die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf das Problem der Staatsfinanzen gelenkt. Es ist vor allem, im Zusammenhang mit den im Herbst 1928 beginnenden deutschen „Normalleistungen“ nach dem Dawes-Plan, außerordentlich wichtig, festzustellen, wie die Aufbringung dieser Lasten verteilt ist. Von den 2,5 Milliarden Mark, die Deutschland für 1928/29 zahlen muß, sind 1540 Millionen dem Reichshaushalt zu entnehmen, mit anderen Worten, auf irgendwelche Weise dem Volkseinkommen zu entziehen. Auch vor dem Ariege hat die deutsche Volkswirtschaft bedeutende Zinszahlungen an das Ausland leisten müssen, diese Zahlungen wurden aber durch Gegenzahlungen des Auslandes mehr als ausgeglichen. Solche Volkswirtschaften, wie die russische oder sogar jene der Vereinigten Staaten von Amerika, haben demernd Zinszahlungen an das Ausland abgeführt, die alle Gegenzahlungen des Auslandes bedeutend überwogen haben.

Der große Unterschied aber zwischen diesen Zinszahlungen und den deutschen Reparationsleistungen, abgesehen von der Höhe der letzteren, besteht eben darin, daß die gewöhnlichen Zinszahlungen im allgemeinen auf einer Kapitaleinfuhr in das Empfängerland beruhen, während den Reparationsleistungen keine solche Kapitaleinfuhr zugrunde liegt. Man

kann dieser Erwägung nicht entgegenhalten, daß auch die deutschen Reparationsleistungen letzten Endes auf Kapitaleinfuhr beruhen. Allerdings könnte Deutschland keine Reparationszahlungen leisten, wenn es kein fremdes Kapital eingeführt hätte. Sowohl der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft, ohne den ja die Ausführung des Dawes-Planes eine Unmöglichkeit wäre, als auch die Reparationszahlungen selbst beruhen zum großen Teile auf ausländischem Kapitalkredit.

Alle diese Umstände ändern nichts an der Tatsache, daß für das ganze geborgte Kapital die deutsche Volkswirtschaft besondere Zinszahlungen leisten muß, die Reparationsleistungen jedoch einer ganz anderen volkswirtschaftlichen Quelle entnommen werden müssen. Es kann im allgemeinen behauptet werden, daß gewöhnliche Zinszahlungen, also auch die Zinszahlungen für die deutschen Staats- und Privatankleihen in der Nachkriegszeit, aus dem Unternehmerprofit geleistet werden. Wie steht es aber mit Reparationsleistungen? Ein Teil davon, nämlich die Zahlungen aus den Industrie- und den Eisenbahnobligationen, werden aus der Profitmasse der betreffenden Unternehmungen abgeführt. Alle anderen Reparationsleistungen werden — unmittelbar jedenfalls — nicht aus der Profitmasse der Unternehmer, sondern aus dem Reichshaushalt geleistet. Die Verteilung der Steuerlasten bestimmt also, in letzter Linie, welche Bevölkerungsklassen die Reparationsleistungen aufbringen bzw. aufbringen werden.

Im Band VI der „Welt in Zahlen“ von Wl. Woytinsky finden sich interessante Angaben über die Höhe der Staatsausgaben pro Kopf der Bevölkerung in verschiedenen Staaten. Dabei ergibt sich ein ganz verschiedenes Bild, je nachdem man die Aufwendungen für den inneren Schuldendienst mit in Berechnung zieht oder nicht. Wenn man jene Zahlungen berücksichtigt, die der Staat jährlich an seine eigenen Staatsbürger als Gläubiger abführen muß, so befinden sich die deutschen Staatsausgaben pro Kopf der Bevölkerung in einem bedeutenden Abstände nicht nur hinter der englischen, sondern auch hinter den französischen Staatsausgaben. Die deutsche Staatsverschuldung gegenüber den eigenen Bürgern ist gegenüber der Vorkriegszeit ganz unbedeutend, rund um etwa 20 Prozent gestiegen, während der englische Staat fast dreimal soviel heute seinen Bürgern schuldet und tatsächlich an Zinsen zahlt wie vor dem Kriege, der französische Staat etwa um 50 Prozent mehr. Die herrschenden Klassen Deutschlands haben eben die Kriegskosten im wesentlichen durch eine ungeheure Entzignung der sogenannten „kleinen Leute“ aufgebracht. Diese Operation ist dem französischen und besonders dem englischen Großbürgertum nicht in dieser großartigen Weise gelungen. Die Aufwendungen für den inneren Schuldendienst können aber nicht als eine Belastung der Volkswirtschaft angesehen werden: der Staat entnimmt hier durch seinen Steuerapparat mit einer Hand gewisse Werte aus der Volkswirtschaft, um sie mit der anderen Hand derselben Volkswirtschaft zuzuführen. Wenn man von diesen Beträgen, die also in den volkswirtschaftlichen Umsatz zurückfließen, abzieht, stellt sich heraus, daß die deutschen Staatsausgaben (Reich und Länder zusammengerechnet) pro Kopf der Bevölkerung in der Nachkriegszeit, wie übrigens auch in der Vorkriegszeit, höher sind als in den anderen Großstaaten. In der nachfolgenden Tabelle sind diese Staatsausgaben für 1913 und 1925 in „Dollars von 1913“ angegeben, d. h. der Unterschied in der Kaufkraft des Geldes in der Vor- und Nachkriegszeit ist ausgeschaltet.

Höhe der Staatsausgaben in verschiedenen Ländern pro Kopf der Bevölkerung 1913 und 1925.

	In Dollars 1913		In Dollars 1925	
	Staatsausgaben pro Kopf	Staatsausg. pro Kopf ohne inneren Schuldendienst	Staatsausgaben pro Kopf	Staatsausg. pro Kopf ohne inneren Schuldendienst
Deutschland:				
Reich und Länder	25,8	22,4	30,5	30,2
Großbritannien . . .	18,3	16,1	52,6	23,2
Frankreich	23,8	18,3	35,1	27,7
Italien	10,7	8,4	10,3	7,0
Belgien	12,3	9,8	26,6	20,1
Ver. St. von Amerika	12,7	12,1	31,1	23,6

Deutschland steht also in der steuerlichen Belastung der Volkswirtschaft „in der ganzen Welt voran“. Diese Steuerlast wird aber in Deutschland fast zur Hälfte direkt aus dem Lohnneinkommen oder doch aus dem Arbeitseinkommen aufgebracht. Im Jahre 1926 hat die Einkommensteuer aus den Lohnabzügen 16 Prozent (im Jahre 1925 sogar 20 Prozent) betragen; Zölle und Verbrauchssteuer haben in demselben Jahre 33,5 Prozent ergeben. Die deutsche Einkommensteuer belastet auch heute im wesentlichen jene Volksschichten, die vom Lohnneinkommen leben. Der Klassencharakter der deutschen Einkommensteuergesetzgebung tritt ganz deutlich zutage, wenn man die letztere mit dem Aufbau der englischen Einkommensteuer vergleicht. Der steuerfreie Teil des Einkommens beträgt in Deutschland für Ledige 1200 Mk., in England 135 Pfd. St. gleich 2700 Mk. In England wird überhaupt das Einkommen aus Lohn und Gehalt stark gespart, ebenso wie das gewerbliche Einkommen der kleinen Geschäftsleute, während das große Kapitaleinkommen sehr stark erfaßt wird. Die nachfolgende Tabelle enthält den Vergleich des Aufbaues der Einkommenbesteuerung eines verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern in England und Deutschland.

Steuer in Prozenten des Einkommens eines verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern.

Einkommen in Mark	Deutschland	England
Einkommen aus Lohn und Gehalt		
2 000	4,5	—
5 000	6,0	—
8 000	6,4	1,1
20 000	12,0	8,7
50 000	19,4	15,7
Gewerbliches Einkommen		
2 000	4,9	—
5 000	6,2	—
8 000	6,5	1,1
20 000	12,8	8,7
50 000	19,9	15,7
100 000	25,1	22,1
500 000	33,0	30,0
1 000 000	33,3	44,3
5 000 000	33,3	48,0

Außer der Einkommensteuer werden noch in England die obersten Einkommensgruppen (über 2000 Pfd. St.) noch durch eine besondere „Übersteuer“ (Super-Tax) erfaßt, die durchschnittlich jährlich rund ein Viertel der Einkommensteuereingänge einbringt. In England werden die Staatsausgaben zu 40 Prozent durch die Einkommensteuer gedeckt, in Deutschland bloß zu 20 Prozent. Es kann also behauptet werden, daß die deutschen Reparationsleistungen, soweit sie aus dem Staatshaushalt aufgebracht werden, zum größten Teil zu Lasten des Arbeiters und vor allem des Lohnneinkommens fallen. Bei den künftigen Auseinandersetzungen über das Schicksal des Dawes-Planes wird dieser Umstand eine besonders aufmerksame Beachtung finden müssen.

G. Dienst.

Die Betriebsaufsicht.

Die Durchführung der mannigfachen Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Arbeiter obliegt den Gewerbeaufsichtsbeamten. Daneben werden die der staatlichen Unfallversicherung unterliegenden Betriebe von den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften auf die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften kontrolliert. Daß eine solche Kontrolle bei den Unternehmern nicht immer die angenehmsten Gefühle auslöst, kann man verstehen. Zumal in solchen Betrieben wird das der Fall sein, in denen die Rücksichtnahme auf die Gesundheit und die heilen Glieder der Arbeiter als eine lästige Beschränkung der Profitmacherei empfunden wird.

Die von den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften erstatteten Berichte geben alljährlich Kunde von der ungeheuren Menge von festgestellten Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften. Dabei wird doch immer nur ein Teil der Betriebe revidiert, und bei den Revisionen dürfte so manches übersehen werden. Das ist ohne weiteres verständlich, wenn man die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten mit der Zahl der ihrer Aufsicht unterstehenden Betriebe vergleicht. Die letzte vorliegende Statistik der Unfallversicherung bezieht sich auf das Jahr 1925. In den 86 gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden in diesem Jahre 837 895 Betriebe mit 10 680 046 beschäftigten Arbeitern gezählt. Alle diese Berufsgenossenschaften zusammen beschäftigten 394 technische Aufsichtsbeamte, von denen aber 258 noch gleichzeitig als Rechnungsbeamte tätig waren. Wie es in dieser Hinsicht in den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie bestellt ist, zeigt die folgende Zusammenstellung:

	Zahl der Betriebe	Durchschnittl. beschäftigte Arbeiter	Technische Aufsichtsbeamte	Davon zugleich Rechnungsbeamte
Sächsische Holz-B.-G. . .	5 163	49 218	1	1
Nordd. Holz-B.-G.	48 064	310 130	8	6
Bayerische Holz-B.-G. . .	13 391	71 877	3	3
Südwestd. Holz-B.-G. . .	10 850	80 526	4	—
B.-G. der Musikinstrumentenindustrie	1 704	67 492	2	2
Zusammen	79 172	588 243	18	12

Von den insgesamt 18 technischen Aufsichtsbeamten, darunter 12, die daneben noch als Rechnungsbeamte tätig sind, sollen 79 172 Betriebe mit 588 243 Arbeitern revidiert werden. Wenn man diese Zahlen in Betracht zieht, versteht man, daß alljährlich über eine so große Zahl notwendig gewordener Anordnungen berichtet werden muß.

Dabei sind die Anordnungen der technischen Aufsichtsbeamten keineswegs rigoros. Das bringt schon ihre Stellung mit sich. Die Berufsgenossenschaften sind Selbstverwaltungskörper mit Zwangsmitgliedschaft. Sie unterstehen der Aufsicht des Reichsversicherungsamtes. Der Berufsgenossenschaft gehören nur Unternehmer an, die Arbeiter sind von jeder Mitwirkung in der Verwaltung ausgeschlossen, sie sind lediglich Objekte dieser Gesetzgebung. Die Beiträge für die Unfallversicherung werden von den Unternehmern erhoben. Sie sind um so höher, je größer die Aufwendungen für verletzte Arbeiter sind.

Die Verwaltung der Berufsgenossenschaft ist natürlich bestrebt, die Belastung der Mitglieder möglichst niedrig zu halten. Aus diesem Grunde bemüht sie sich um die Unfallverhütung. Sie erläßt Unfallverhütungsvorschriften und läßt deren Durchführung durch ihre Beamten überwachen. Erfordert die Unfallverhütung erhebliche Aufwendungen, dann entsteht bei der Berufsgenossenschaft ein Widerstreit der Interessen. Da für sie die Unfallverhütung

eine Geldfrage ist, wird sie sich für das Billigere entscheiden. Es werden also keine Vorschriften erlassen werden, die etwa die berühmte „Wirtschaftlichkeit des Betriebes“ beeinträchtigen könnten. Das gilt für allgemeine Vorschriften wie für spezielle Anordnungen. Der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft wird also schon im Hinblick auf seine Stellung dem einzelnen Unternehmer keine Auflage machen, die ihn sehr hart trifft.

In anderer Lage ist der Gewerbeaufsichtsbeamte. Sein Auftraggeber ist nicht ein Selbstverwaltungskörper, sondern der Staat. Die Einrichtung der Gewerbeaufsicht beruht auf § 130b der Reichsgewerbeordnung. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind aber nicht Reichsbeamte, sondern sie unterstehen den Länderregierungen, von denen sie ernannt werden. Ihr Aufsichtsbereich ist viel umfassender als das der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften. Während diese sich auf die Kontrolle der Beachtung der von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften zu beschränken haben, obliegt den Gewerbeaufsichtsbeamten die Überwachung der Durchführung der gesamten Arbeiterschutzbestimmungen. So z. B. die Vorschriften über Arbeitszeit und Pausen der Jugendlichen und weiblichen Arbeiter, der Sonntagsruhe, der sanitären und hygienischen Einrichtungen der Betriebe und all der vielen Bestimmungen, deren Aufzählung hier zu weit führen würde. Auch die Überwachung der Unfallsicherheit der Maschinen und Betriebseinrichtungen obliegt den Gewerbeaufsichtsbeamten. Hierbei sind sie an die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften nicht gebunden. Sie können die ihnen geeigneten erscheinenden Anordnungen treffen, auch wenn sie von den Berufsgenossenschaften nicht verlangt werden.

Aus diesem Nebeneinanderarbeiten haben sich in der Praxis Reibungen ergeben. Um sie für die Zukunft zu verhüten, wurde durch einen Erlass des Reichsarbeitsministers vom 24. Dezember 1925 ein „Länderausschuß für Unfallverhütung“ eingerichtet, der die Grundlage für eine „vereinbarung über die Gemeinschaftsarbeit bei der Durchführung von Unfallverhütungsvorschriften“ bildet. Die fraglichen Erlasse usw. sind im „Reichsarbeitsblatt“ vom 16. Januar 1926 abgedruckt. Es handelt sich dabei um eine etwas künstliche Konstruktion, durch die jedoch die Unzulänglichkeit der Organisation der Betriebsaufsicht nicht beseitigt wird.

Bei einer Neuregelung dieses ganzen Fragenkomplexes, die dringend ist, wird vor allem eine völlige Änderung in der Gestaltung der Träger der reichsrechtlichen Unfallversicherung eintreten müssen. Das Verlangen der Arbeiter nach gleichberechtigter Beteiligung an der Verwaltung der Unfallversicherung kann nicht länger mißachtet werden. Bei der Betriebsaufsicht ist zu berücksichtigen, daß die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten den Arbeiterschutz und die Unfallverhütung als Selbstzweck zu betrachten haben. In der Praxis nehmen sie zwar oft weitgehende Rücksicht auf die Wirtschaftslage des Unternehmers, aber ihre Aufgabe ist es doch, die Arbeiter vor Schaden zu bewahren, während die Berufsgenossenschaften nur auf die Niedrighaltung der Aufwendungen für Unfallfolgen bedacht sind. Aus diesem Grunde ist die Tätigkeit der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten vorzuziehen.

Ein Mangel ist es jedoch, daß der Wirkungskreis der Gewerbeaufsichtsbeamten territorial gegliedert ist. Innerhalb seines Bezirks hat der Beamte alle Betriebe zu betreuen. Er kann deshalb nicht in allen Industriezweigen die Sachkunde besitzen wie der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft, dessen Dienst auf die Betriebe des gleichen Industriezweiges beschränkt ist. Deshalb muß eine andere Gliederung der Gewerbeaufsicht verlangt werden. Die Gewerbeaufsichtsbeamten müssen Reichsbeamte werden und einer Reichsbehörde unterstellt sein. Die Gliederung ihrer Bezirke dürfte dann nicht mehr nach Landesgebieten, sondern nach Industriezweigen erfolgen. Dadurch würden die Beamten in der ihrer Aufsicht unterstellten Industrie die hohe Sachkunde erlangen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.

Aber auch dabei wird man die Mitwirkung von aus dem Beruf hervorgegangenen Arbeitern nicht entbehren können. Bei der Betriebsrevision ist die

Aufmerksamkeit auf so manche Dinge zu lenken, die dem Blick des nur theoretisch ausgebildeten Beamten leicht entgehen. Wer die Betriebe aus langjähriger praktischer Arbeit kennt, weiß auch die schwachen Stellen zu finden, die man gegen den Auge des kontrollierenden Beamten verbergen möchte. Die Betriebsaufsicht erfolgt zum Schutze der Arbeiter, sie kann nur erfolgreich sein, wenn zwischen ihnen und dem Aufsichtsbeamten ein Vertrauensverhältnis besteht. Durch die Entnahme von Aufsichtsbeamten aus den Reihen der Arbeiter wird dieses Vertrauensverhältnis gefördert. Ganz besonders notwendig ist aber eine häufigere Revision der Betriebe. Auf die Gefühle der Unter-

gesetz dienen. Natürlich sind die Innungsbrüder bestrebt, auch von sich aus etwas zur Stärkung der Innungsbewegung zu unternehmen. Hierher gehört die Gründung von Innungskrankenkassen. Daß sie diese jetzt mit Volldampf betreiben, ist darauf zurückzuführen, daß eine gesetzliche Neuordnung der Innungskrankenkassen erwogen wird. Dem Reichstag lag im Frühjahr 1927 ein sozialdemokratischer Antrag vor, der verlangte, daß bis zu einer Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Innungskrankenkassen solche nicht mehr errichtet werden dürfen. Der Bürgerblock hat diesen Antrag zwar nicht genehmigt, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mußte jedoch zugeben, daß es mit der Gründung immer neuer Innungskrankenkassen nicht so weitergehen könnte wie bisher. Die Reichsversicherungsordnung müsse zunächst in der Weise abgeändert werden, daß die Gründung abhängig ist von einer gewissen Mindestmitgliederszahl und der Zustimmung des Gesellenausschusses.

Nach den heute geltenden Bestimmungen braucht die Innung den Gesellenausschuß nur „anzuhören“, nachher kann sie machen, was sie will. Die Innungen wollen an diesem Zustand auch nichts geändert haben. Das Zentralorgan des Hauptverbandes der Innungskrankenkasse, die „Deutsche Innungskrankenkasse“, schrieb am 1. August 1927: „Die Innungskrankenkasse, die zu einem festen Bindeglied zwischen Meister- und Gesellenschaft wird, hat somit über den Rahmen der Verpflichtungen in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht hinaus hohe berufständische Aufgaben zu erfüllen, die eine Zusammenfassung aller zum Wiederaufbau des deutschen Volkes notwendigen Kräfte bezwecken. Von solcher Erkenntnis des innigen Zusammenhanges aller im Handwerk „Tätigen“ aus ergibt sich deutlich, daß die Förderung auf Ausdehnung der Gesellenausschussrechte unbedingt abzulehnen ist. Die Einführung des Zustimmungsvorgangs würde diese segensreiche Entwicklung nur hemmen und den harmonischen Zustand im handwerklichen Erwerbsleben

stören, wie er sich seit Jahrhunderten bestens bewährt hat.“ Gegen diese Ausführungen brauchen wir nicht ernsthaft zu polemisieren, unsere Leser wissen, wie sie gemeint sind. Die Arbeiterschaft verlangt von den Unternehmern keine väterliche Fürsorge, sondern die Anerkennung der Gleichberechtigung. Dazu gehört das Zustimmungsvorgang bei der Gründung von Innungskrankenkassen.

Die Gründung einer Innungskrankenkasse bedarf der Zustimmung des zuständigen Oberversicherungsamtes. Unter welchen Umständen dieses zustimmen kann, ist im Gesetz geregelt. Aber das Gesetz ist so abgefaßt, daß fast jede Innung ihren Kopf durchsetzen kann. Dafür nur ein Beispiel: Die Schneiderinnung in Stadt und Kreis Aschersleben hat kürzlich mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes eine Innungskrankenkasse gegründet. Die Mitgliederzahl beträgt ganze 70, davon sind 7 Gehilfen und 63 Lehrlinge. Ähnliche Fälle gibt es in großer Zahl, auch in der Holzindustrie. Solche Krankenkassen können den Versicherten nichts bieten, sie sind ein glatter Betrug an der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft muß sich mit aller Entschiedenheit gegen die Gründung neuer Innungskrankenkassen wenden. Wo der Plan einer Neugründung auftaucht, müssen die Kollegen sofort Einspruch erheben, bei der Innung und beim zuständigen Oberversicherungsamt. Von den Oberversicherungsämtern muß gefordert werden, daß sie den Wünschen der Versicherten mehr Rechnung tragen als den organisatorisch-egoistischen Forderungen der Unternehmer.

Hennig Duderstadt



Entweder — Oder!

Mit frechem Munde schreit die Industrie:
„Die Proletarier, ja, wir zwingen sie!
Hier haben wir die Lunte in der Hand.
Pariert ihr nicht, steht die Fabrik in Brand.
Dann ist's bei uns mit jeder Rücksicht aus.
Wir kennen nur ein Wort: hinaus, hinaus!
Die deutsche Wirtschaft ist uns ganz egal,
Wir trampfen auf und stellen euch die Wahl!

Hier steht ihr vor dem Werk. Wollt ihr hinein,
Muß eure Arbeitszeit zwölfw Stunden sein.
Und wollt ihr nicht: wir weisen euch die Türe.
Kommt, tretet an und holt euch die Papiere!
Was gehn denn uns, du armer Arbeitsmann,
Dein Weib und deine zarten Kinder an?
Roh sind wir, sind gemein und sind brutal.
Wir trampfen auf und stellen euch die Wahl!

nehmer, die sich durch den Besuch des Aufsichtsbeamten belästigt fühlen, darf keine Rücksicht genommen werden. Der Schutz der Arbeiter vor den Betriebsgefahren ist das wichtigste, und auf diesem Gebiete ist noch recht viel zu tun.

Innungskrankenkassen.

Die Reichsversicherungs-Ordnung trägt dem im Versicherungswesen allgemein gültigen Grundsatz, daß die Lasten leichter und sicherer getragen werden können, je größer die Zahl der beteiligten Personen ist, nicht Rechnung. Wir haben vier verschiedene Arten von Krankenkassen: Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen. Nach der letzten amtlichen Statistik haben wir 7616 Krankenkassen mit 18 234 970 Versicherten, davon sind 2172 Ortskrankenkassen mit 12 333 923 Versicherten, 435 Landkrankenkassen mit 2 053 190 Versicherten und 763 Innungskrankenkassen mit 442 929 Versicherten. Das war der Stand am Ende 1925. Inzwischen sind viele neue Betriebs- und Innungskrankenkassen ins Leben gerufen worden. Gegenwärtig gibt es etwa 8000 Krankenkassen. Einen sachlichen Grund für diese Zersplitterung gibt es nicht. Die Gewerkschaften fordern daher seit jeher die Zusammenfassung aller Arbeiter und Arbeiterinnen in große und leistungsfähige Ortskrankenkassen. Der Reichstag hat sich dazu aber noch nicht entschließen können. Maßgebend sind ihm die Wünsche der Unternehmer der Großbetriebe und auf der anderen Seite die Wünsche der Innungsleute. Diese sind nicht nur gegen die Zusammenfassung der verschiedenen Krankenkassen zu allgemeinen Ortskrankenkassen, sondern sie sind eifrig am Werke, immer noch mehr Betriebs- und Innungskrankenkassen zu gründen. Ganz besonders gründungswillig gebärden sich zurzeit die Innungsbrüder.

Die Innungen sind längst überlebte Gebilde, sie passen weder in die wirtschaftliche noch in die soziale Struktur unserer Zeit. Die Innungen verdanken ihre heutige zahlenmäßige Stärke nicht ihrer eigenen Werbekraft, sondern dem gesetzlichen Zwang für die Handwerksmeister zur Mitgliedschaft. Wenn die Innungen auf die Mitglieder angewiesen wären, die ihnen freiwillig angehören, wären sie auch zahlenmäßig ohne jede Bedeutung. Die Innungsführer wissen das, daher ihre Forderung, die Unternehmer noch stärker als früher durch gesetzlichen Zwang an die Innungen zu fetten. Diesem Zwecke soll das geplante Reichshandwerks-

stören, wie er sich seit Jahrhunderten bestens bewährt hat.“ Gegen diese Ausführungen brauchen wir nicht ernsthaft zu polemisieren, unsere Leser wissen, wie sie gemeint sind. Die Arbeiterschaft verlangt von den Unternehmern keine väterliche Fürsorge, sondern die Anerkennung der Gleichberechtigung. Dazu gehört das Zustimmungsvorgang bei der Gründung von Innungskrankenkassen.

Die Gründung einer Innungskrankenkasse bedarf der Zustimmung des zuständigen Oberversicherungsamtes. Unter welchen Umständen dieses zustimmen kann, ist im Gesetz geregelt. Aber das Gesetz ist so abgefaßt, daß fast jede Innung ihren Kopf durchsetzen kann. Dafür nur ein Beispiel: Die Schneiderinnung in Stadt und Kreis Aschersleben hat kürzlich mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes eine Innungskrankenkasse gegründet. Die Mitgliederzahl beträgt ganze 70, davon sind 7 Gehilfen und 63 Lehrlinge. Ähnliche Fälle gibt es in großer Zahl, auch in der Holzindustrie. Solche Krankenkassen können den Versicherten nichts bieten, sie sind ein glatter Betrug an der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft muß sich mit aller Entschiedenheit gegen die Gründung neuer Innungskrankenkassen wenden. Wo der Plan einer Neugründung auftaucht, müssen die Kollegen sofort Einspruch erheben, bei der Innung und beim zuständigen Oberversicherungsamt. Von den Oberversicherungsämtern muß gefordert werden, daß sie den Wünschen der Versicherten mehr Rechnung tragen als den organisatorisch-egoistischen Forderungen der Unternehmer.

Die Kosten der Sozialversicherung.

Aber die Kosten der Sozialversicherung wurden kürzlich von der Reichsregierung im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten interessante Mitteilungen gemacht. Hiernach betrug der Aufwand aus Beiträgen und Umlagen für die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1913 insgesamt 1312 Millionen Mark, im Jahre 1924 1850 Millionen Mark, im Jahre 1925 2496 Millionen Mark, im Jahre 1926 2882 Millionen Mark und wird schätzungsweise im Jahre 1927 insgesamt 3238 Millionen Mark betragen. Der Aufwand des Reichs für die deutsche Sozialversicherung betrug 1913 insgesamt 1371 Millionen Mark, 1924 1955 Millionen Mark, 1925 2679 Millionen Mark, 1926 3130 Millionen Mark und wird schätzungsweise 1927 3540 Millionen Mark betragen.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes.

Auf die in Nummer 40 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ergangene Bekanntmachung über die Teilnahme an einem neuen Kursus der Heimvolkshochschule in Litz sind eine größere Anzahl Bewerbungen beim Verbandsvorstand eingegangen. In Übereinstimmung mit dem Bildungsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Schulleitung konnten von den diesmaligen Bewerbern folgende Verbandskollegen berücksichtigt werden:

- Georg Herrmann (Frankenthal),
- Eugen Engelhardt (Lubwigsburg).

Wir bitten die übrigen Bewerber, die diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, von der getroffenen Auswahl Kenntnis zu nehmen, da eine persönliche Benachrichtigung der einzelnen Bewerber nicht erfolgen wird.

Der Verbandsvorstand.

Kommunistische Wühlarbeit in unserem Verbandsleben.

Die Kommunistische Partei fordert ihre Mitglieder und die „revolutionären Unorganisierten“ jetzt wieder in verstärktem Maße auf, sich an der „Eroberung der Gewerkschaften“ zu beteiligen. Die Oberleitung des Feldzuges hat das Zentralkomitee der KPD, Abteilung Gewerkschaften. Für eine Reihe von Verbänden bestehen Reichsfractionsleitungen, die nächste Stufe sind die Bezirksfactionsleitungen, und das unterste Organ sind die örtlichen Faktionen. Unser Holzarbeiter-Verband gehört zu denjenigen Gewerkschaften, auf deren Eroberung die kommunistische Partei den größten Wert legt. Aber hier will die Sache nicht recht klappen. Obwohl alle KPD-Organisationsorgane sich die größte Mühe geben, die Holzarbeiter für ihre Pläne zugewinnen, finden sie überall kühle Abweisung.

Die Reichsfractionsleitung der KPD-Holzarbeiter führt das auf die mangelhafte Factionsarbeit im Reich zurück. Um zu einer größeren Aktivität zu kommen, hat sie neue Richtlinien für die Aufstellung des Arbeitsplanes der Bezirksfactionsleitungen der Holzarbeiter aufgestellt.

Einleitend wird in diesen Richtlinien festgestellt, daß die Zeit für eine erfolgreiche Factionsarbeit günstig sei, Erfolge könnten aber nur erzielt werden, „wenn auch die gesamte Arbeit planmäßig geleistet und jeder Teilerfolg ausgenutzt wird“. Der Abschnitt „Heranziehung der Kräfte zum Aufbau der Bezirksfaktionen“ hat folgenden Wortlaut:

„Die Factionsleitung der Bezirksvorortfaktion nimmt mit Unterstützung der Bezirksgewerkschaftsabteilung die Verbindung mit den Genossen in den Verwaltungsstellen des Bezirks auf. Dabei kann das Material der Reichskontrolle ausgenutzt werden. Auf der Bezirksfactionsführung, zu der möglichst alle erfahrenen Faktionen des Bezirks geladen werden, wird die Bezirksfactionsleitung (BFL), die sich zusammensetzt aus 3 bis 5 Genossen des Bezirksvororts, gewählt. Zu den Sitzungen der BFL sind nach Notwendigkeit jedoch Genossen aus den wichtigsten Verwaltungsstellen hinzuzuziehen. Wo solche Sitzungen infolge finanzieller oder sonstiger Schwierigkeiten mit Delegierten des Bezirks nicht zustande kommen, kann die Bezirksvorortfaktion einige ihrer Genossen mit der Leitung der Factionsarbeit beauftragen. Die Bezirksfactionsleitung registriert sorgfältig jede neu-gewonnene Verbindung und sorgt durch laufende schriftliche oder mündliche Information der Faktionen und möglichst auch der einzelnen Verbindungsleute der Bezirkszahlstellen für die Festigung und den Ausbau der Faktionen. Die größeren Faktionen werden beauftragt, allmählich Verbindungsleute in den umliegenden kleinen Verwaltungsstellen zu gewinnen und mit ihnen Fühlung zu nehmen.“

Im 2. Abschnitt werden die „Aufgaben und Tätigkeit der Bezirksfactionsleitungen“ behandelt. Zunächst wird auf die im kommenden Frühjahr fälligen Vertrags- und Lohnbewegungen verwiesen. Aber die „Ausnutzung der Lohnbewegung“ für die kommunistische Partei heißt es: „Allgemein muß auch unsere Taktik in den Kämpfen beweglicher werden. Die starre Einstellung auf allgemeine Kämpfe auf der ganzen Linie, Zusammenfassung und Vorbereitung der Kämpfe schadet oft mehr als sie nützt.“ Also haben die Kommunisten von der „reformistischen Taktik“ doch schon etwas gelernt.

Weiter verpflichten die Richtlinien die Faktionen, schon jetzt an die Vorbereitung der Ortsverwaltungsstellen heranzugehen. Das Ziel ist „Eroberung der Ortsverwaltung“. Von Interesse sind noch die Anweisungen über die Mitarbeit an der „Holzarbeiter-Zeitung“. „Um bei der Mitarbeit“, heißt es, „Machtmissbräuchen zu vermeiden, sollen die Genossen...“

fraktionsleitung zustellen, damit eine einheitliche Auffassung darin vertreten wird.“

Wenn in Zukunft „Meinungsäußerungen oppositioneller Kollegen“ eingehen, wissen wir nun, woher die darin vertretene einheitliche Auffassung kommunistischer Taktik und Theorie stammt.

Zum Schluß enthalten die Richtlinien einen flammenden Aufruf zur regsten Wühlarbeit im Verbandsleben. „Also, Genossen, an die Arbeit! Alle Genossen zu Mitarbeitern für den Umbau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zur Klassenkampforganisation!“

Die Kommunistische Partei macht also alle Anstrengungen, unseren Verband in ihre Hände zu bekommen. Allerdings ist sie von ihrem Ziele noch recht weit entfernt. Daß das in Zukunft nicht besser wird, sondern die politische Factionsarbeit im Holzarbeiter-Verband ganz verschwindet, das zu erreichen, ist die Aufgabe aller aufrechten Gewerkschafter.

Nähmaschinenmöbel.

Die in den Nähmaschinenfabriken und Spezialbetrieben für Nähmaschinenmöbel beschäftigten Kollegen und Kolleginnen bilden in unserem Verband eine besondere Branche, die noch nicht die Beachtung gefunden hat, die sie verdient. Es stehen keine genauen statistischen Unterlagen zur Verfügung, wieviel Holzarbeiter in der Branche beschäftigt sind, jedoch dürften schätzungsweise 2500 bis 3000 Arbeiter in Frage kommen.

Solange die Nähmaschine als einzigen Holzteil nur das Blatt und die Haube hatte, war diese Branche noch nicht von so großer Bedeutung. Je mehr aber das Eisen durch Holz verdrängt wird, wird diese Branche an Wichtigkeit gewinnen. Wir dürften kaum in unserem Verband eine Berufsgruppe haben, in der die technischen und organisatorischen Möglichkeiten im Arbeitsprozeß so erschöpft werden wie in den Holzbearbeitungsbetrieben der Nähmaschinenbranche. Heute muß festgestellt werden, daß die einfache Nähmaschine für einen großen Teil der Spezialbetriebe den geringeren Teil der Produktion ausmacht. Die versenkbare Nähmaschine und die sogenannte Kabinettmaschine, deren Unterbaue vollständig in Holz erstellt sind, nehmen den Vorrang ein. In die kompliziertesten Möbelstücke werden heute Nähmaschinen eingebaut. Selbst den Damenschreibtisch hat sich die versenkbare Nähmaschine erobert.

Die Holzumkleidung wird heute in jeder gewünschten Holzart in den Betrieben hergestellt. Durch die Teilarbeit in den modern eingerichteten Spezialbetrieben wird der Facharbeiter immer stärker vom Hilfs- und angeleiteten Arbeiter und besonders von der Arbeiterin verdrängt. Dieser Vorgang verpflichtet uns, der Gestaltung der Löhne dieser Arbeiter besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die

Entlohnung richtet sich zum Teil nach den Lohnsätzen der Metallindustrie, zum Teil nach dem Tarifvertrag des Holzgewerbes oder nach Betriebsverträgen. Es muß Aufgabe unseres Verbandes sein, auf die vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Kollegschaft den größtmöglichen Einfluß zu gewinnen. Das wird auch in den Betrieben, wo die Holzabteilung unmittelbar dem Metallbetrieb angeschlossen ist, möglich sein. Die Holzbearbeitungsabteilung ist in der Nähmaschinenfabrik ein lebenswichtiger Bestandteil des Betriebes, sie wird aber meist von den Direktionen der Gesellschaften als ein lästiges Anhängsel betrachtet und entsprechend behandelt.

Um dem Verband die Möglichkeit zu geben, sich ein genaues Bild über die Verhältnisse dieser Branche zu machen, ist es notwendig, daß die Verwaltungsstellen, in denen Nähmaschinenmöbelbetriebe oder Nähmaschinenfabriken mit Holzbearbeitungsabteilungen vorhanden sind, an die Branchenabteilung im Hauptvorstand über die Zahl der Beschäftigten und den Stand der Lohn- und Arbeitsbedingungen berichten und so dazu beitragen, Klarheit über diese Branche zu schaffen.

R. D.

Erfreuliche Übereinkunft.

Die „Holzindustrie“, das Organ des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, beschäftigt sich eingehend mit unserem Bericht über die letzte Vertragsführung unseres Verbandes. Unter anderem zitiert sie dabei den folgenden Satz: „Die geltenden Lohnabkommen sind bis zum 15. Februar 1928 vereinbart und erstmalig einen Monat zuvor kündbar. Daß sie dann auch gekündigt werden, darf man als sicher annehmen. Im Vertrat gab es keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß man sich selbst am Verträge gebunden erachten muß, wenn man vom Gegner Vertragstreue verlangt. Dazu kommt, daß in unseren Verträgen als Lohnnorm der Durchschnittslohn gilt, der denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen zu zahlen ist, die eine Arbeit nach den fachüblichen Regeln in angemessener Zeit herstellen können. Arbeiter und Arbeiterinnen mit höherer Leistungsfähigkeit sind höher zu entlohnen.“ Diese Vertragsbestimmungen machen den Individuallohn elastisch. Er braucht durchaus nicht immer mit dem Vertragslohn übereinzustimmen.“

Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß das Organ des Arbeitgeberverbandes die Berechtigung des Verlangens nach Leistungszulagen durch Arbeiter mit höherer Leistungsfähigkeit ausdrücklich anerkennt. Die „Holzindustrie“ schreibt im Anschluß an die wiedergegebene Stelle aus unserem Bericht:

Was hier über die Unzulässigkeit einer zwischenartflichen Forderung gesagt wird, dürfte als Selbstverständlichkeit gelten. Bezüglich der Qualitätszulagen trifft zu, daß diese von Arbeitern gefordert werden können und solchen auch gewährt werden, die wirklich Qualitätsarbeiter sind, deren Leistungsfähigkeit das fachübliche Maß tatsächlich übersteigt.

Es handelt sich hier offenbar um eine Meinungsäußerung des Arbeitgeberverbandes, die deshalb besonders wichtig ist, weil die Unternehmer vielfach keine Neigung bekunden, Qualitätszulagen zu gewähren, oder diese, wo sie gewährt werden, oft lächerlich niedrig bemessen. Wir machen deshalb wiederholt darauf aufmerksam, daß Arbeiter mit höherer Leistungsfähigkeit ein vertragliches Recht auf einen den Durchschnittslohn entsprechend übersteigenden Lohn haben. Dieses vertragliche Recht muß aber vom Arbeiter selbst geltend gemacht werden.

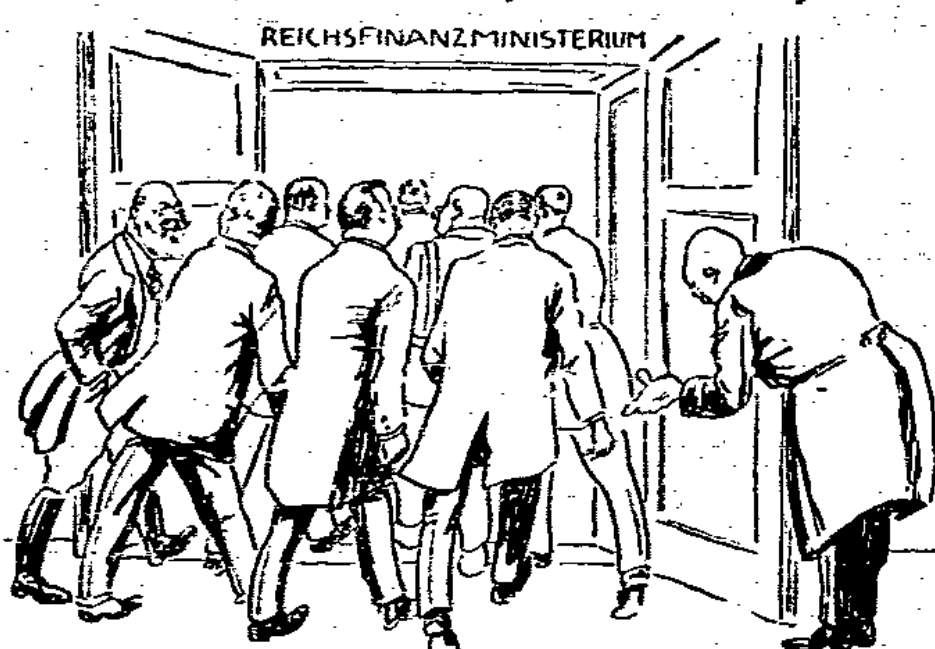
Verbandsjubiläen.

Die Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr. betrachtet als ihren Vorläufer den im Jahre 1884 gegründeten Fachverein der Tischler, der im folgenden Jahre auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst wurde. Erst im Jahre 1892 war es wieder möglich, eine Zahlstelle des Tischlerverbandes zu errichten, die mit 41 Mitgliedern ins Leben trat. Heute zählt die daraus entstandene Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 2000 Mitglieder. Das 35jährige Bestehen der Verwaltungsstelle wurde am 3. Dezember durch einen Festakt begangen. Hierbei wurden die 72 Verbandsjubilare, von denen einige seit 1892 ununterbrochen dem Verband angehören, gebührend geehrt.

Am gleichen Tage fand in Dippoldiswalde eine schön verlaufene Feier zu Ehren der zwölf Kollegen statt, die dem Verband seit 25 Jahren und länger angehören.

Bei der gleichfalls am 3. Dezember veranstalteten Jubiläumsfeier in Eberswalde konnte acht Kollegen, die dem Verbands 25 Jahre und länger angehören, ein Diplom überreicht werden. Aus der Veranstaltung verdient hervorgehoben zu werden, daß sich ganz besonders auch die Jugend an der Ehrung der Alten beteiligte.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler



Zu den Besitzenden: Bitte, meine Herren, treten Sie näher. Ihre Forderung auf Ermäßigung der Besitzsteuer ist selbstverständlich berechtigt, und die Angelegenheit hat wirklich große Eile.



Zu den Arbeitern: Was wollen Sie, eine Ermäßigung der Lohnsteuer? Ausgeschlossen! Gewiß sind wir dazu gesetzlich verpflichtet. Aber was heißt Gesetz? Die Arbeiter können und sollen zahlen, das ist der Wille des Bürgerblocks!

Mit Lieferschein dieser Nummer ist
Aus 51. Woyfanbauwerk föllig



Holzindustrie



Steigende Möbelausfuhr.

Der Wirtschaftsverband der deutschen Möbelindustrie schreibt in seinem letzten Konjunkturbericht über die Möbelindustrie: „Der Auslandsabsatz ist nach wie vor recht gering und kommt eigentlich nur für die Firmen in Betracht, die eigens Möbel in ausländischem Stil herstellen.“

Wer die Ausfuhrverhältnisse nicht näher kennt und diesen Satz liest, muß zu der Auffassung kommen, die Möbelausfuhr sei heute kleiner als in der Vorkriegszeit. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil, wir haben heute eine viel stärkere Ausfuhr als 1913. Ganz besonders erfreulich ist die Ausfuhrsteigerung bei den furnierten Möbeln (Zolltarif-Nr. 627). Noch stärker als hier ist die Steigerung bei den unfurnierten Möbeln (Zolltarif-Nr. 625 und 626a). Über die Ausfuhrmengen in den Jahren 1913 und 1924 bis 1926 und in den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Ausfuhr in Doppelzentnern und in Mtr.			
	Furnierte Möbel	Wert in 1000 Mtr.	Unfurnierte Möbel
	Doppelzentner	Wert in 1000 Mtr.	Doppelzentner
1913	14 387	2653	26 005
1924	19 737	3600	53 773
1925	18 388	3726	47 338
1926	18 732	4256	46 098

Ausfuhr im Monatsdurchschnitt			
1913	1 199	221	2 167
1924	1 645	300	4 481
1925	1 532	310	3 945
1926	1 560	355	3 917

Ausfuhr in den ersten 10 Monaten 1927			
Januar	1 400	318	3 360
Februar	1 770	366	2 973
März	1 826	430	3 507
April	1 829	455	4 512
Mai	2 188	468	4 143
Juni	2 288	524	5 834
Juli	2 127	480	4 335
August	1 214	274	3 355
September	2 142	519	3 858
Oktober	2 457	570	4 142

Allein in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres beträgt die Ausfuhrsteigerung gegenüber 1913 bei den furnierten Möbeln 4854 und bei den unfurnierten Möbeln 14 014 Doppelzentner.

Recht ungünstig liegen die Ausfuhrverhältnisse bei den Bugholzmöbeln. 1913 betrug die Ausfuhr 5904 Doppelzentner, 1926 aber nur 3284. Im laufenden Jahr hat die Ausfuhr etwas zugenommen, sie erreicht aber noch lange nicht die Menge von 1913. Ob die Ausfuhr den Vorkriegsumfang jemals wieder erreichen wird, ist angesichts der Tatsache, daß die Bugholzmöbelindustrie ihre Heimat in Österreich, Polen und der Tschechoslowakei hat, sehr fraglich, zumal noch die ausländische Konkurrenz billigere Rohstoffe zur Verfügung hat als die deutsche Bugholzmöbelindustrie.

Aus der internationalen Grammophonindustrie.

Die Grammophonindustrie hat in den letzten Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen. Das ist um so erstaunlicher, da allgemein angenommen wurde, das Radio werde das Grammophon völlig verdrängen. Vielleicht wäre es auch so gekommen, wenn es der Grammophonindustrie nicht gelungen wäre, ihre Apparate wesentlich zu verbessern. Das Grammophon ist heute nicht mehr ein quiekender und plärrender Sprechapparat, sondern ein Instrument, das Musik und Sprache unverzerrt wiedergibt. Das gilt vor allem für die Apparate der bekanntesten Firmen. Auch in der Aufmachung sind die Grammophone gefälliger geworden, in erster Linie durch die stärkere Verwendung von Holz. Es gibt heute zahlreiche Betriebe, die ausschließlich Grammophongehäuse herstellen, und zwar Gehäuse einfachster Art bis zur denkbar besten Qualität.

Die Grammophonindustrie ist über die ganze Welt verbreitet, maßgebend aber sind drei Länder: Amerika, Deutschland und England. Und in diesen drei Ländern wieder sind maßgebend einige Großbetriebe, und diese wieder sind in zwei internationalen Konzernen zusammengeschlossen.

In Deutschland sind in der Grammophonindustrie führend die Carl Lindström A.-G. und die Polyphon A.-G. in Leipzig-Wahren. Die Lindström A.-G. beschäftigte vor dem Weltkriege etwa 800, heute vielleicht 2000 Arbeiter und Angestellte. Der Lindström-Konzern hat in England und auch in anderen Ländern eigene Produktionsstätten. Inwieweit die Lindström A.-G. sich in Händen ausländischer Kapitalisten befindet, ist nicht ganz klar. Bekannt ist nur, daß die Columbia International Ltd. (England) finanziell stark beteiligt ist, nach englischen Meldungen hat sie sogar die Aktienmehrheit. Die Polyphon A.-G. beschäftigte 1913 annähernd 700, heute etwa 1500 Arbeiter und Angestellte. Auch dieses Unternehmen hat im Ausland einige Produktionsstätten. Finanziell steht die Polyphon A.-G. in Verbindung mit der Brunswick-Balke-Clender-Co. in Chicago.

Außer diesen zwei Großbetrieben der Grammophonindustrie gibt es in Deutschland noch einige größere Betriebe,

die mehr oder weniger von Lindström oder Polyphon oder von ausländischen Konkurrenzfirmen abhängig sind. Die Elektrola G. m. b. H. in Berlin z. B. ist ein Anhänger der größten Grammophonfabrik der Welt, der Victor Talking Machine Co. in Camden (Amerika).

Holzer-Ede.

Der Reichsverband deutscher Bürstenfabriken (Sitz Freiburg in Baden) hat einen hoffnungsvollen Syndikus. Sein Name ist: Dr. phil. Carl Grüb. Damit eine bewusste Öffentlichkeit weiß, wie Dr. Grüb im Bilde aussieht, veröffentlicht dieser in seiner Zeitschrift „Die Bürsten-Industrie“ sein Konterfei. Natürlich und selbstverständlich ist er ein schmüder Herr. Wenn man sein Bild betrachtet, glaubt man das Konterfei eines höheren Schülers vor sich zu haben. Herr Grüb hat die Schulbank aber schon seit einigen Jahren verlassen, denn unter seinem Bilde steht zu lesen: „Vollendete am 6. Juli 1927 sein 29. Lebensjahr.“

Herr Dr. Grüb ist also nicht mehr ganz so jung, wie er im Bilde aussieht, er ist aber doch noch ein recht junger Mann. Aber wohl gerade deshalb gebärdet er sich manchmal wie ein ausgewachsener Scharfmacher. Wir erinnern an seine Kampfmethoden im Streit der Schwarzwälder Bürstenarbeiter, über die in Nummer 39 der „Holzarbeiter-Zeitung“ einiges gesagt wurde. Ein ganz tolles Stück leistet sich Dr. Grüb in seiner Monatschrift vom 1. November. Die rechtlich ungeheuerliche Tatsache, daß das Berliner Arbeitsgericht einen Zimmererstreik durch eine einstweilige Verfügung „verboten“ hat, veröffentlicht er unter der Überschrift: „Geht es wirklich aufwärts?“

Dr. Grüb bringt mit dieser Überschrift zum Ausdruck, daß er den Wunsch hat, die Gerichte möchten alle Streiks einfach verbieten. Dann könnten die Unternehmer und ihre werten Syndiz mit den Arbeitern machen, was sie wollen. Dieser Wunsch kennzeichnet den Dr. Grüb besser als alle seine sonstigen „Leistungen“. Aber dieser Wunsch ist zu kindisch, als daß er jemals in Erfüllung gehen könnte. Cher kommt Dr. Grüb unter den Schlitzen.

Die „Holzindustrie“, die „führende Zeitung des Holzgewerbes und der Holzindustrie“, veröffentlichte am 20. Dezember 1926 ein Leitartikel: „Wohin geht die Entwicklung der Sägewerksindustrie?“ von Oberingenieur W. Elsner v. Gronow. Was der Verfasser zu dieser holzwirtschaftlich wichtigen Frage zu sagen weiß, ist herzlich unbedeutend, und im übrigen wimmelt der Aufsatz von falschen Zahlen und falschen Schlussfolgerungen. Der heutigen Redaktion der „Holzindustrie“ hat dieser Aufsatz aber so gut gefallen, daß sie ihn am 28. November 1927 wortwörtlich noch einmal abdruckt, und natürlich wieder als Leitartikel. Oder sollte Herr Georg Geßler bei der Suche nach Manuskripten in die falsche Kiste gegriffen haben? Das eine ist so wahrscheinlich wie das andere.

Die „Holzindustrie“ macht in jeder Nummer durch Fettdruck bekannt: „Der Abdruck aus dieser Zeitung ist nicht gestattet.“ Wenn dieses Verbot für andere Zeitungen gelten soll, so ist es ganz überflüssig, denn es ist doch ganz ausgeschlossen, daß es in Deutschland eine Zeitung der Holzwirtschaft gibt, die ihren Inhalt durch den Abdruck eines Aufsatzes aus der „Holzindustrie“ bereichern könnte (ausgenommen die finanzwirtschaftlichen Artikel des Herrn Dr. Egon Bacharach, denen eine größere Leserschaft zu wünschen ist, als sie durch die Veröffentlichung in der „Holzindustrie“ finden). Vielleicht bezieht Herr Georg Geßler das Verbot in Zukunft auf sich, damit die bedauernswerten Leser der „Holzindustrie“ die Stilllegungen gewisser Herrschaften nicht doppelt lesen müssen.

Gewerkschaftsbewegung

Hermann Silberschmidt gestorben.

Am 3. Dezember ist Hermann Silberschmidt gestorben; ein Schlaganfall, von dem er eine Woche zuvor betroffen wurde, hat ihn jäh aus der Arbeit gerissen. Mit ihm ist eine der markantesten Erscheinungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus dem Leben geschieden. Silberschmidt war Maurer, und er hat sich schon frühzeitig in der Organisation seiner Berufsgenossen betätigt. Seit der Gründung des Zentralverbandes der Maurer stand er an der Spitze der Berliner Maurerbewegung, in der er erfolgreich für den Gedanken der Zentralorganisation gewirkt hatte. Silberschmidt war Mitglied des Zentralvorstandes des Baugewerksbundes. In der Generalkommission der Gewerkschaften wirkte er, seitdem der Sitz dieser Körperschaft mit Beginn des Jahres 1903 nach Berlin verlegt worden war, und er blieb bis zu seinem Tode Mitglied des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Im Jahre 1912 wurde Silberschmidt zum ersten Male in den Reichstag gewählt, und er hat ihm seither ununterbrochen angehört. In den Fragen des Mieterschutzes und des Siedlungswesens war er ganz besonders tätig. Mitten aus dem Kampf für die Interessen der Mieter, den er im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags führte, wurde er abberufen. Silberschmidt ist 61 Jahre alt geworden. Ein energischer Vertreter der Arbeiterinteressen, war er im persönlichen Verkehr stets liebenswürdig und hilfsbereit. Er war ein guter Kamerad. Die deutsche Arbeiterbewegung und besonders die Gewerkschaften verdanken ihm viel. In ihrer Geschichte wird der Name Hermann Silberschmidt stets in Ehren genannt werden.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

Am 20. November trat in Frankfurt a. M. die 16. Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer zusammen. Es war eine Jubiläumstagung, die unter dem Zeichen der vor 35 Jahren am gleichen Tage erfolgten Gründung des Verbandes stand. Die Vermögensverhältnisse des Verbandes sind recht günstig, die Generalversammlung beschloß daher eine wesentliche Erhöhung der Verbandsunterstützungen. Nach den gefassten Beschlüssen steigt die Streikunterstützung bis zu 42 Mtr. Die Unterstützung bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit beträgt 12 Mtr. pro Woche und wird bis zur Dauer von 20 Wochen gewährt. Nach früher gefassten Beschlüssen sollte mit der Auszahlung der Invaliden- und Altersunterstützung am 1. Januar 1930 begonnen werden. Die Finanzlage gestattet jedoch, schon am 1. Januar 1928 mit der Auszahlung zu beginnen und den ursprünglich vorgesehenen Höchstfuß der Unterstützung von 40 auf 60 Mtr. monatlich zu erhöhen.

Die Anregung, mit dem Metallarbeiter-Verband eine einheitliche Tarifpolitik zu betreiben, wurde von dem anwesenden Vorsitzenden des Metallarbeiter-Verbandes, Brandes, begrüßt. Die Frage muß aber noch weiter erwogen werden. Beschlossen wurde, mit dem Metallarbeiter-Verband in Verhandlungen zu treten wegen Schaffung einer gemeinsamen Streikkasse und gemeinsamen Bezuges des technischen Fachblattes „Energie“.

Viel Staub hatten Vorwürfe in der kommunistischen Presse aufgewirbelt, die sich gegen die beiden Vorsitzenden des Verbandes, Klebe und Schlichting, richteten. Ihnen wurde nachgesagt, daß sie sich auf Kosten des Verbandes unrechtmäßig bereichert hätten. Die Verbandsinstanzen haben sich schon früher mit dem Gegenstand beschäftigt und festgestellt, daß die Vorwürfe unbegründet waren. Der Verbandstag nahm einstimmig eine Entschlieung an, in welcher der Beschluß der Verbandsinstanzen nach nochmaliger Prüfung des Materials bestätigt und den verdächtigten Vorstandsmitgliedern volles Vertrauen ausgesprochen wird. Die Angelegenheit hat inzwischen auch die Gerichte beschäftigt. Da Schlichting unbesoldeter Stadtrat ist, hat der Berliner Oberbürgermeister eine Beleidigungsklage gegen die „rote Fahne“ angestrengt, der sich Schlichting als Nebenkläger anschloß. Der Prozeß wurde nach vollzogener Beweiserhebung durch einen Vergleich beigelegt. Der angeklagte Redakteur zog seine beleidigenden Behauptungen als unbeweisbar zurück. — Bei der durch den Verbandstag vorgenommenen Wahl wurden Klebe und Schlichting mit 42 von 44 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Die Invalidenunterstützung im Metallarbeiter-Verband.

In der Mitte November abgehaltenen Sitzung des erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes legte der Verbandskassierer den Entwurf für eine Invaliden- und Altersversicherung vor. Hiernach sollen bei Einführung dieser Unterstützung die Beiträge in den drei oberen Beitragsklassen um 30, 25 und 20 Pf. erhöht werden. Nach zehnjähriger Beitragsleistung soll die jährliche Unterstützung 180 bis 240 Mtr. betragen. Die Unterstützung steigt mit der Dauer der Mitgliedschaft bis zu 360, 300 und 240 Mtr. in den drei Beitragsklassen. Für die älteren Mitglieder ist vorgesehen, daß ihnen ein Teil der geleisteten Beiträge für die Erfüllung der Karenzzeit angerechnet wird. Die sehr eingehende Besprechung der Vorlage endete mit dem Beschluß, der Vorlage grundsätzlich zuzustimmen. Doch wurde der Vorstand beauftragt, den Plan einer Nachprüfung zu unterziehen, wobei die Wünsche hinsichtlich der Leistungen, insbesondere auf Bevorzugung der älteren treuen Mitglieder, möglichst weitgehend berücksichtigt werden sollen. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt auf dem Verbandstag, der für Sommer 1928 in Aussicht genommen ist.

Der internationale Bund der Lithographen

hielt Mitte November in Brüssel einen außerordentlichen Kongreß ab. Hauptgegenstand der Beratung war die Wahl eines internationalen Sekretärs an Stelle des gegen Ende des vorigen Jahres verstorbenen Sekretärs Poels. Nach lebhafter Aussprache wurde beschlossen, den Sitz des Sekretariats in Brüssel zu belassen und den Kollegen Fertmanns, der das Amt auf Beschluß des Exekutivkomitees seither provisorisch verwaltet hatte, definitiv damit zu betrauen. Die deutschen Delegierten waren mit ihrem Vorschlag, den Sekretär der österreichischen Organisation, Grünwald, zu wählen, nicht durchgedrungen.

Bücher und Zeitschriften

Die Bildhauerei, 4. Heft, 1927. 32 Seiten auf Kunstbrunnenpapier, davon 20 Seiten mit 84 Abbildungen. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2. Preis 3 Mk. — Das lebhafteste Interesse, das dieser in zwangloser Folge herausgegebenen Zeitschrift entgegengebracht wird, hat die Herausgabe eines neuen Heftes ermöglicht. Dieses Heft enthält fast durchweg moderne Motive, wobei hauptsächlich das Ornamentale für den praktisch arbeitenden Bildhauer Berücksichtigung gefunden hat.

Erziehung der Massen zum Marxismus. Psychologisch-pädagogische Betrachtung von Angelica Valabauoff. Neues Buch der Schriftenreihe „Neue Menschen“, herausgegeben von Prof. Max Adler. E. Laubsche Verlagshandlung, Berlin W. 30. Preis 2,50 Mk., in Leinen gebunden 3,50 Mk. — Frau Valabauoff gehört zu den erfolgreichsten Werbern des internationalen Sozialismus. Auf Grund ihrer Erfahrungen behandelt sie in dem vorliegenden Buch die Voraussetzungen einer erfolgreichen Agitation. Zweck aller Agitation soll nicht Bindung der Massen an zeitbewusste Handlungen sein, sondern die Vermittlung einer Denkmethode, die das individuelle und soziale Leben als Resultat der ökonomischen Entwicklung begreiflich macht. Mit einem Wort: Sozialistische Propaganda hat nur Sinn, wenn sie in den indifferenten Massen das Bewusstsein ihrer Klassenlage erweckt und zugleich die marxistische Erkenntnis, daß nur die Klasse als Ganzes ihre Lage entsprechend der sozialökonomischen Entwicklung verändern kann.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Von W. Grinewitsch. Verlagsanstalt des DGB, Berlin E. 14. 26 Seiten. Preis broschiert 16 Mk., gebunden 17 Mk. — Der Verfasser, der seit der Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts in der russischen Arbeiterbewegung sehr tätig war, kennt die russische Gewerkschaftsbewegung von ihren Anfängen und in allen Einzelheiten. Das Werk ist eine Art Geschichte der russischen Gewerkschaftsbewegung, hat aber als Geschichtswert seine Besonderheiten. Den ersten Teil des

heft vorliegenden Bandes bildet eine abgekürzte Übersetzung des russischen Werkes des Verfassers, das Grinewitsch im Jahre 1908 unmittelbar aus der Praxis und vorwiegend für die Praxis geschrieben hat und welches Rußland bis auf den heutigen Tag als das bedeutendste Werk über die russische Gewerkschaftsbewegung in den Jahren der ersten Revolution anerkannt wird. Nicht die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung war es aber, was damals der Verfasser in erster Linie interessierte, sondern die Schilderung der lebendigen Bewegung mit allen ihren aktuellen Problemen. Das Werk gewinnt hier dadurch ungemein an Anschaulichkeit und Interesse. Der zweite Band des Werkes, der in Vorbereitung begriffen ist, wird die neueste Geschichte und den gegenwärtigen Stand der russischen Gewerkschaftsbewegung schildern.

Der neue Haushalt. Ein Wegweiser zu wirtschaftlicher Hausführung. Von Dr. Erna Meyer. 23. verbesserte Auflage. 192 Seiten mit 203 Bildern und 12 Tafeln. Francksche Verlagshandlung, Stuttgart. Preis kartoniert 5 Mk., in Ganzleinen gebunden 6,50 Mk. — Über die Notwendigkeit, den Hausfrauen die Arbeit zu erleichtern, ist in den letzten Jahren viel geredet und geschrieben worden. Aber die dabei herausgekommenen Vorschläge waren nicht viel wert oder nur im Haushalt der reichen Leute durchführbar. Dr. Erna Meyer macht ihre Vorschläge auf Grund praktischer Erfahrung als Hausfrau. Natürlich ist vom Standpunkt anderer Hausfrauen nicht alles gut und durchführbar, was sie vorschlägt, aber doch vieles, auch im Arbeiterhaushalt. Unsere Frauen klagen über zuviel Arbeit, und in der Tat sind sie vom frühen Morgen bis in die späte Nacht ununterbrochen beschäftigt, ohne das fertigzubringen, was sie sich vorgenommen hatten. Wenn man sich ihre Arbeitsmethoden ansieht, werden viele Arbeiten so umständlich wie möglich gemacht. In manche Tätigkeit hat überhaupt keinen rechten Sinn. Dr. Erna Meyer zeigt an vielen Beispielen, wie die Hausfrau sich ihre Arbeit erleichtern und vereinfachen kann. Und in dieser Hinsicht ist es eine wahre Fundgrube wertvoller Ratschläge und Fingerzeige. Wer es möglich machen kann, schenke seiner Frau dieses Buch.

Das Nicht. Eine Sammlung von Märchen aus der Zeit nach Grimm. Von Clara Sepner. 64 Seiten mit vielen Abbildungen. Francksche Verlagshandlung, Stutt-

gart. Preis in Ganzleinen 2 Mk. — Märchen (nicht alle, aber die meisten) sind ein wertvolles Erziehungsmittel. Aber gerade die besten Märchen sind in einer Sprache nieder geschrieben, die unsere Kinder nicht recht verstehen. Clara Sepner hat sich an die dankbare Aufgabe gemacht, einige Märchen so umzuarbeiten, daß sie von den Kindern verstanden werden und somit ihren Zweck erfüllen. Das Nichtlein enthält unter anderem die wunderbaren Geschichten von der Schumpumpe, vom Nicht, von der seltsamen Braut vom Weizenkörnkorn und vom Fiedelstein.

„Unter Tag.“ Bergbau- und Bergarbeiterdichtung unserer Zeit. Zusammenge stellt von Franz Osterroth. Aus der Reihe der deutschen Arbeiterdichter. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61. Kartoniert 50 Pf., Halb leinen 90 Pf., Halbleder 2,50 Mk.

„Flug in die Welt.“ Gedichte von Hermann Thurow. Aus der Reihe der deutschen Arbeiterdichter. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61. Preis broschiert 50 Pf., gebunden 90 Pf., Halbleder 2,50 Mk.

Der Staatshaushalt. Ein Beitrag zur Erkenntnis der Struktur des kapitalistischen und kommunistischen Staates. Von J. Kuznyski. 48 Seiten. E. Laubsche Verlagshandlung, Berlin W. 30. Preis 90 Pf.

Die Sozialisierung des Volkswesens. Von Hermann Wolff. Preis 50 Pf. — **Die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl.** Von Hermann Wolff. 2. Auflage. Mit 13 Abbildungen. Preis 50 Pf. Zu beziehen vom Verlag des Bundes „Volksgesundheit“, E. V., Dresden-N. 1, Am Schießhaus 17.

Zur Reform der Beamtensoldatung. Von Adam Stegerwald. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf. Preis 20 Pf. — Der Führer der christlichen Gewerkschaften setzt sich in dieser Broschüre mit der Kritik auseinander, die eine von ihm gehaltene Rede über die Beamtensoldatung gefunden hat.

Zentralrententasse der Tischler usw., Hamburg

Gesamteinnahmen im November 1927. 21 295,91 Mk.
Gesamtausgaben im November 1927. 22 625,01 „
Ergibt Mehrausgabe 1 329,70 Mk.
H. Hul., Hauptkassierer.

Klingenthal. Die ausgeführte Katalogsammlung ist mit dem Katalog Geber, Klingenthal, besetzt worden. Allen Verarbeitern besten Post. Die Ortsverwaltung.

Kollegen. Die in Laage in Arbeit treten wollen, werden gebeten, sich vorher bei der Ortsverwaltung Auskunft zu holen.

Beizer u. Bolierer. erfahrener, selbständiger, mindestens 30 Jahre alt, als Vorarbeiter für dauernd e i u g t. Durchschnitts-Lohn 54 Pf. R. Behrmann, Möbelfabrik, Laage in Reddenburg.

Beizer u. Bolierer. tüchtig, auf Schlafzimmer soj. gef. S. Ghajch, Möbelfabrik, Glogau.

Durchaus tüchtiger Fräser

im Alter von nicht unter 24 Jahren für die Fertigung von Schleifen-Eiche für sofort gesucht. Angebote mit Angabe, wo früher beschäftigt, unter „297“ an den Verlag dieser Zeitung.

Vorarbeiter für Dresden für mtl. Tischlerei (nicht Spezialarbeit) wird sehr vielseitig erfahrener gewandelter Tischler als Stütze des Leiters gesucht. Kalkulieren u. Fertigen erforderlich. Zusätzl. handwerkliche Angebote unter „305“ an den Verlag d. Ztg.

Tüchtiger Maschinensteller Spezialist für Reht- und Hobelmaschinen, möglichst umherziehender, von großem handwerklichen Wert Deutschlands gesucht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an den Verlag d. Ztg. unter „301“ erbeten.

Leim- u. Furnieröfen fertig als Spezialität (Brosch. gratis) Gebr. Reiffinger, Freiburg i. B. 1

Tischlerschule Blankenburg am Harz. Ausbildung als Meister, Tischler u. Brennermeister. Programm geg. Rückp.

Wir empfehlen:

Kleines Wilhelm-Buch-Album

Eine Sammlung hübscher Bildergezeichneten u. etwa 150 Bildern von Wilhelm Busch 124 Seiten, Format 25 x 31 cm, in Ganzleinen gebunden. Preis zur 4 Mark

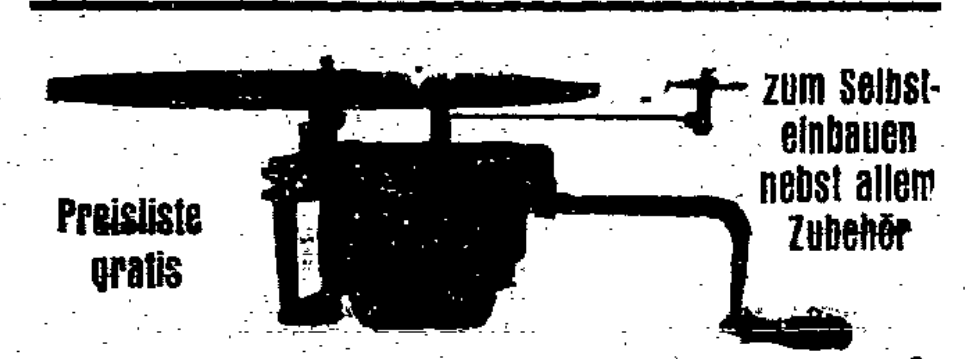
Verlag: Ernst & Sohn, Leipzig. Preis: 4 Mark.

Hobelbänke la Qualität. Bitt. beste ged. Roth. Eisensp., sämtl. Größ., 2 m lg., 75 Mk. Karl Ramisch, Pirna, Gartenstr. 4.

Engl. Bildhauer-Werkzeuge Verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Kollegen! Vorzugsangebot für Hobelbänke! Schwere Ausführung, gedämpfte Rotbuche. 2 m lang, Stahlspindel, 80 Mk. inkl. Verpackung. Jede andere Bank billiger. Katalog 20 Pf. Bauhütten-Verh. Schles., Abt. Werkzeuge, Liegnitz, Gleiwitzer Str. 1.

Lautwerke für Sprechapparate-Gehäuse



(Doppelschnecken-Federwerk, 2 Stücke 30-cm-Platte spielend) Muttern, Gummionterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm. Teller-Tuchbezug, Nickel-Klappbügel, Tonarm, Aluminium-Schalldose und Tonarmsstütze, nur 26 Mark. — Versand per Nachnahme von Robert Husberg, Neuenrade i. W. Nr. 10.

Ohne Preiserhöhung erscheint ab Januar nächsten Jahres das **Fachblatt für Holzarbeiter** statt 16 Seiten 24 Seiten stark. Jeder bessere Tischler liest es. — Kollegen! Gebt eure Bestellungen auf, damit die Auflagenhöhe danach festgesetzt werden kann! Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2

Musikinstrumente liefert gut und billig. Firma Clemens Neuber Musikwarenfabrik Klingenthal i. Sa. 75a. Katalog gratis. Auf Teilzahlung geringer Auschluss.

Der Almanach für 1928 ist vergriffen! Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. / Berlin SO 16 / Am Köllnischen Park Nr. 2.

Hobelbänke, la Qualität, süddeutsche Ausführung, Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindel, zum Reklamepreis von 95 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pf. Briefmarken. Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Strasse 53.

Um den vielfachen Anfragen zu begegnen, biete ich hiermit an: **Sportschlittenkufen** Esche, gebogen, prima Qualität, 100 120 140 160 cm Holzlänge 1,60 2,- 2,30 2,60 Mk. pro Paar ab Lager geg. Nachnahme. Zum Versand gelangt nur beste, ausgesuchte, astreine Ware. Lieferung sofort. Preise für Ringelkufen und Schneeschuhe auf Anfrage. M. Watter, Dresden-N. 22, Rehefelder Str. 53.

Bei Bedarf an **FUNKTIONÄR TASCHEN** als Zeitungstaschen, Mitgliedsbuchtaschen und Markenmappen sowie Hartgeldbeutel, Bezirksleiterstaschen und Aktentaschen empfehlen sich **Merkel & Co., Meissen, Hirschbergstrasse 41.** Langjähr. Lieferanten der freien Gewerkschaften. — Preislisten werden gern zur Verfüg. gestellt.

Bei der Arbeit, nach dem Essen, „Honeywader“ nicht vergessen. Honeywader - Kautabot wird nach drei hundert-jährigen Rezepten aus dem reinsten Kautschuk, ab und edelsten Würzstoffen hergestellt von der Firma G. H. Honeywader, Nordharzen und von Kennern geschätzt wegen seiner Ausgiebigkeit und Güte. Marken Sie sich: „Honeywader“!

Laubsägerei Alles zur Laubsägerei. Reibschmitt, Holzbrand, liefert 3-2-Hahn, Maxdorf (Pfalz). Preisliste gratis und franco!

Der gebundene Jahrgang Fachblatt für Holzarbeiter 1927

Die Jahrgänge 1923, 1924 und 1925 kosten 8 Mk. bzw. 7 Mk.; der Jahrgang 1926 wird zu den Bedingungen wie der Jahrgang 1927 verkauft. — Alle früheren Jahrgänge sind ausverkauft. **Einbanddecken für das Jahr 1927** und solche ohne Jahreszahl kosten 1,20 Mk. — Für die Mitglieder unseres Verbandes 1 Mk. **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park Nr. 2.**

Sportschlittenkufen! Selten günstiges Angebot! Sofort ab Lager lieferbar: Sportschlittenkufen aus schlesischer Esche in prima Qualität. Riesengebirgsform:

70	80	90	100	110	120	130	140	150	160 cm Holzlänge
1,15	1,30	1,50	1,60	1,80	2,-	2,10	2,30	2,45	2,60 RM. pro Paar

Davoser Form:

70	80	90	100	110	120	130	140	150	160 cm Holzlänge
0,85	0,95	1,10	1,30	1,50	1,65	1,80	1,95	2,10	2,20 RM. pro Paar

auch länger (1 Paar = 1 Doppelpaar), Preise für Ringelkufen anfragen. Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Fotin, genaue Adresse, Versand, ob Post oder Bahn, Bahnstation angeben. **Weigel & Lange, Greiffenberg i. Schlesien.**

Knauer's Halbleder-Luxusbücherei Jeder Band 3,75 Mark Feinstes holzfreies Papier. Mit einem bezeichneten Werte sind auch für die reifere Jugend geeignet.

- *Sienkiewicz, Henrik: Quo vadis? (39 Seiten). Christenverfolgung unter Nero. Bild aus dem alten Rom zur Zeit des Apostels Petrus und Schicksal einer gefangenen germanischen Königstochter.
- *Storm, Theodor: Von Meer und Heide. Die zehn schönsten Novellen (564 Seiten). Das Schönste, was Storm geschrieben. Befreiung der heimatischen Landschaft und ihres Heldenkampfes gegen die rüchischen Fluten. Vole Poppenspäter; Die Chronik von Grieshusus usw.
- Tolstoi, Leo: Anna Karenina (478 Seiten). Roman aus der höheren russischen Gesellschaft, von einigen Gelehrten als bester Roman der Welt bezeichnet; bestes Werk Tolstois.
- Tolstoi, Leo: Auferstehung (406 Seiten). Ein russischer Gendarm bringt durch Mord keine Geliebte nach Sibirien, führt aber selbst seine Tat. Der Roman lenkte die Aufmerksamkeit der Welt auf sich als Kulturbild.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Am Köllnischen Park 2